Die Chemie muss stimmen -
Unsere Industriestandorte sind stark, innovativ und unverzichtbar
Fraktionsbeschluss, 29. April 2025 im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen

Die Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt ist ein gewichtiger Teil der Wirtschaft im Land. Niedersachen hat VW, NRW hat RWE. Sachsen-Anhalt hat das Chemiedreieck.

Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt auch weiterhin ein attraktiver Standort für eine starke Chemieindustrie mit gut bezahlten Jobs bleibt! Dafür müssen von politischer und wirtschaftlicher Seite die Weichen richtig gestellt werden. Damit die Chemie im Land weiter stimmt, muss diese unverzichtbare Industrie in ihrer Transformation als Gesamtverbund zielgerichtet unterstützt werden, um auch zukünftig stark und innovativ aufgestellt zu sein.

Seit Jahrhunderten treiben Innovationen und regionale Rohstoffe den wirtschaftlichen Motor der Chemieindustrie an. Vom frühen Salzabbau und der Flößerei bis zum industriellen Zeitalter der fossilen Rohstoffe spielte Mitteldeutschland stets eine zentrale Rolle. Ob das Sodawerk in Staßfurt oder die Leunawerke bei Merseburg – hier wurden wegweisende Verfahren entwickelt, die die deutsche Chemie nachhaltig geprägt haben. Auch eine der ersten Ammoniakwerke nach dem Haber-Bosch-Verfahren entstand in Leuna. Ohne diese Standorte wäre die Chemie in Deutschland nicht das, was sie heute ist.

Nun gilt es, diesen Motor, der seit Jahrhunderten die Region prägt und wandelt, neu zu gestalten. Der Aufstieg fossiler Energieträger führte zu einem schnellen Wachstum. Dennoch zeigen moderne wissenschaftliche Erkenntnisse, dass das vergangene wirtschaftliche Handeln über den planetaren Grenzen stattfand. Die Nutzung von Erdgas, Erdöl oder Kohle führt zum übermäßigen Ausstoß von Kohlenstoffdioxid und dahingehend zur Klimakrise.

Infolgedessen steht die Industrie vor großen Herausforderungen, schnelle und wirtschaftliche Lösungen sind gefragt. Die anstehende Umstellung der Chemieindustrie muss sowohl die Abkehr von der energetischen Nutzung fossiler Brennstoffe (Energiewende) als auch den Ausstieg aus der stofflichen Nutzung fossiler Ausgangsgrundstoffe (Molekülwende) bewältigen. Mitteldeutschland aber beweist, dass es aufgrund seiner langen ingenieurtechnischen Tradition mit dem Wandel der Zeit mithalten kann.

Intensiv haben Umgestaltung und Erneuerung bereits begonnen. Mit der Klimakrise und vor allem der, durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelösten, Energiekrise befindet sich die Chemie in einer umfassenden und schnellen Veränderungsphase. Es war eine große Herausforderung mit den Unterbrechungen der Lieferung aus Russland umzugehen. Die damalige Bundesregierung und das

Wirtschaftsministerium haben bei der Ersatzbeschaffung von Gas und Öl stark unterstützt, aber klar ist, dass es kein Weg zurück zu dieser Abhängigkeit geben darf. Gerade deshalb sind die Grundsteine zu einer postfossilen und ökologischen Industrie vor Ort bedeutsam, die bereits vielfältig gelegt wurden. Mittlerweile wird beispielsweise die erste Großindustrielle Ethenolyse-Anlage der Welt in Sachsen-Anhalt gebaut.

Die chemische Industrie in Mitteldeutschland ist mit einem Umsatz von über zehn Milliarden Euro und rund 10.000 Beschäftigten der bedeutendste Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt. Allein 7.500 dieser Arbeitsplätze befinden sich im sachsen-anhaltischen Teil des Mitteldeutschen Reviers, welches sich insgesamt in einem Transformationsprozess befindet.

Der Chemie-Standort Sachsen-Anhalt besitzt für die deutsche und europäische Wirtschaft eine entscheidende Stellung. Das Mitteldeutsche Chemiedreieck steht als Zentrum für den Traditions- und Innovationsstandort der Chemie- und Kunststoffindustrie. Das Mitteldeutsche Chemiedreieck unterteilt sich in fünf Standorte: Chemiepark Bitterfeld-Wolfen, Chemiestandort Leuna, Dow Value Park Schkopau/Böhlen, Agro-Chemie Park Piesteritz und Chemie- und Industriepark Zeitz. In der Abbildung 1 werden die unterschiedlichen Produktarten der jeweiligen Standorte dargestellt.

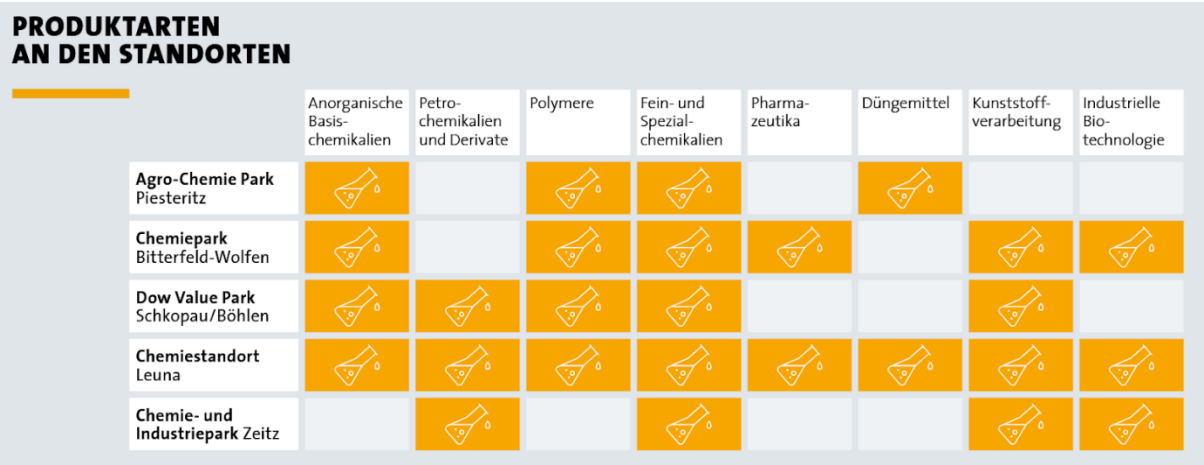

Abb.1: Produktarten an den Standorten im mitteldeutschen Chemiedreieck (Quelle: https://www.investieren-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/SOM/SOM_Uebergreifend/Printprodukte/Printprodukte_IMG/Chemie_Kunststoff/Fact_Sheet_Chemie_DE.pdf, abgerufen am 27.01.25)

Hervorzuheben ist das Ökosystem eines integrierten Stoffverbundes der Chemiestandorte. Daran gilt es anzuknüpfen und Investitionen, Ansiedelungen und Förderungen daran zu konzentrieren. Der effiziente Austausch chemischer Produkte und Energie schafft Synergien und optimiert die Ressourcennutzung. Er muss entsprechend evolutionär weiterentwickelt werden.

Im Chemiedreieck ist die Innovation zuhause, 15 Forschungszentren sind in Sachsen-Anhalt angesiedelt. Herauszuheben ist die Ansiedlung des "Centre for the Transformation of Chemistry“ im mitteldeutschen Revier. Wissenschaft ist ein Strukturfaktor für das Revier von morgen. Das Großforschungszentrum bildet die notwendige Infrastruktur, damit die mitteldeutsche Chemie als Vorreiter bei den Megatrends wie grüner Wasserstoff, Batteriechemie und Kreislaufwirtschaft voranschreiten kann.

Sachsen-Anhalt bietet somit den Vorteil, über schnelle und kurze Wege die Märkte und Lieferanten zu erreichen und Innovationen vor Ort hervorzubringen. Geboten wird ein integrativer Stoffverbund sowie stoffspezifisches Know-How mit zugehöriger Wissenschaft und Forschung vor Ort am gleichen Standort der Industrie.

Die aktuelle weltpolitische Lage hat Auswirkungen auf die Branche. Einerseits werden einige Produkte am Weltmarkt billiger angeboten anderseits drohen über Zölle und Handelsauseinandersetzungen und nötige Sanktionen jederzeit neue Handelshemmnisse. In diesem Spannungsfeld gilt es auch die eigene Produktionskette zur Souveränität und Resilienz unserer (Chemie-)Wirtschaft zu sichern.

Zur Begegnung der Klimakrise hat sich Deutschland völkerrechtlich auf die Begrenzung der Erderwärmung verpflichtet. Dies bedingt den Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft bis spätestens 2045 und bringt radikale Umbrüche auch für die bislang vorrangig fossil ausgerichtete chemische Industrie mit sich, hier wie auch anderswo.

Die, durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste, Energie- und Energiepreiskrise hat die Geschwindigkeit dieser Transformation noch einmal erhöht. Im Mitteldeutschen Chemiedreieck wird die Wucht der Umgestaltung zu Grüner Chemie durch die bisherigen Lieferverbindungen aus Russland und die energieintensive Branche zudem verstärkt.

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat aufgrund dieser aktuellen Prozesse und Entwicklung Forderungen zur erfolgreichen Umgestaltung zusammengetragen.

Forderung 1: Energie- und Planungssicherheit für eine Zeitenwende der chemischen Industrie

Die Verfügbarkeit günstiger erneuerbarer Energien ist ein Standortvorteil für die Chemieindustrie und die Wasserstoffwirtschaft. Eine verlässliche, günstige und nachhaltige Energieversorgung ist unerlässlich für die Chemieindustrie. Der

beschleunigte Ausbau der günstigen und sauberen erneuerbaren Energien sowie der dazugehörige Netzausbau sind zentrale Standortfaktoren. Sachsen-Anhalt kann derzeit mit diesem Standortvorteil punkten. Diesen Vorteil gilt es zu sichern und auszubauen.

Die chemische Industrie gehört auch im Land zu den energieintensiven Branchen und hat einen Anteil von 37 Prozent am landesweiten, industriellen Energieverbrauch[1]. Für das Gelingen der Energiewende und des Klimaschutzes kommt diesem Industriezweig daher große Bedeutung zu, da er besonders von einer hohen Versorgungssicherheit abhängig ist. Aktuell wird Erdgas als wichtigster Energieträger in der Industrie eingesetzt, 2023 wurden in der chemischen Industrie 46 Millionen GJ an Energie mit Erdgas erzeugt[2]. Dies gilt es zukünftig mit klimafreundlichen Alternativen zu ersetzen. Anhand der eingesetzten Energiemenge wird deutlich, wie herausfordernd dieser Umstieg für Unternehmen wird.

Mit dem europäischen Emissionshandel werden kontinuierlich marktwirtschaftliche Anreize zum Umstieg auf erneuerbare Energien gesetzt. Dieses Instrument dient dazu, Innovationen im Bereich nicht-fossiler Energieträger zu fördern und wettbewerbsfähig zu machen. Dennoch besteht die Sorge, dass die deutsche Industrie im internationalen Vergleich benachteiligt wird. Aus diesem Grund hat die EU ein CO_2-Grenzausgleichssystem erarbeitet. Dadurch werden energieintensive Importe wie Stahl oder Glas auch über einen CO2-Ausstoß besteuert. Dies ermöglicht es Unternehmen mit europäischer Klimaschutzvorschriften im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien bedarf erheblicher finanzieller Ressourcen und ist gleichwohl an eine Postwachstumsökonomie gebunden. Die Politik muss im Angesicht der rapiden Klimaerwärmung mit vielfältigen Krisen umgehen, welche Einfluss auf unsere Lebensgrundlage haben, aber auch auf den wirtschaftlichen Wohlstand der Gesellschaft. Aus diesem Grund ist es notwendig, über politische Rahmenbedingungen den Schutz der Umwelt und Menschen im Einklang eines nachhaltigen Wirtschaftens innerhalb der planetaren Grenzen zu ermöglichen und langfristig zu sichern. Dazu gehört auch eine suffiziente Lebensweise durch Rahmenbedingen zu ermöglichen.

Daher setzt sich die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besonders für deren Belange bei der Transformation ein. Eine langfristige Planungssicherheit ist der Grundpfeiler für diesen Prozess. Der Investitionsbedarf für die Energiewende ist bei

[1] https://statistik.sachsen-anhalt.de/news/news-details/auf-die-chemische-industrie-sachsen-anhalts-entfielen-37-des-industriellen-energiebedarfs-2023, abgerufen am 28.01.25

[2] https://statistik.sachsen-anhalt.de/news/news-details/auf-die-chemische-industrie-sachsen-anhalts-entfielen-37-des-industriellen-energiebedarfs-2023, abgerufen am 28.01.25

den Unternehmen enorm, einerseits verursacht der europäische Emissionshandel weitere zusätzliche Kosten, indem er zur schrittweisen Verteuerung fossiler Energieträger beiträgt. Andererseits ist er Treiber für Innovationen, denn die Einnahmen werden auch über den Klima- und Transformationsfond an wegweisende Unternehmen wieder ausgespielt. Dafür muss den Unternehmen aber eine langfristige Sicherheit gegeben werden, dass erneuerbare Energien die preiseffizienteste Zukunft sein werden und die Einnahmen über Förderprogramme nutzbar gemacht werden. Nur so kann der Wettbewerbs- und Standortvorteil gesichert werden. Mithilfe eines Industriestrompreises, der klare Vorgaben wie einen Transformationsplan und Beschäftigungsgarantie beinhaltet, kann dies unter anderem erreicht werden. Ebenso müssen Anreizmechanismen für Energieeffizienz und Speicherung von erneuerbarer Energie gesetzt werden.

Sachsen-Anhalt erzeugt bereits heute einen erheblichen Überschuss an erneuerbaren Energien, insbesondere aus Wind- und Solarenergie. Durch die Einführung von Strompreiszonen könnte dieser regionale Überschuss stärker wirtschaftlich genutzt werden: In Regionen mit hoher Stromerzeugung und geringer Netzbelastung würden die Preise sinken – was der ansässigen Industrie deutlich niedrigere Stromkosten bescheren könnte. Besonders energieintensive Branchen wie Chemie, Metallverarbeitung oder die zukünftige Wasserstoffwirtschaft könnten hiervon profitieren und sich langfristig am Standort ansiedeln oder ausbauen.
Dadurch könnte sich Sachsen-Anhalt stärker als Energieland positionieren. Der Ausbau der Wasserstoffindustrie bietet weitere Standortvorteile in der energieintensiven Industrie.

Forderung 2: Auf- und Ausbau des Wasserstoffkernnetz

In den vergangenen Jahren hat sich Sachsen-Anhalt zu einem zentralen Akteur in der deutschen Wasserstoffwirtschaft entwickelt. In Zusammenarbeit mit dem Bund werden das Netz und die dazugehörige Wirtschaft schrittweise aufgebaut. Insgesamt werden in den nächsten Jahren in Zusammenarbeit 188 Millionen Euro investiert.
Ein erster Meilenstein ist die Inbetriebnahme der ersten Wasserstoff-Pipeline in Sachsen-Anhalt. Die 25 Kilometer lange Leitung verbindet den Energiepark Bad Lauchstädt mit der TotalEnergies Raffinerie in Leuna und soll jährlich rund 2.700 Tonnen grünen Wasserstoff transportieren. Im aktuellen Wasserstoffhochlauf ist es unerlässlich, weiter den Ausbau der günstigen und sauberen Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörige Netzausbau zu beschleunigen. Das sind zentrale Standortfaktoren. Sachsen-Anhalt kann derzeit mit diesem Standortvorteil punkten. Der Auf- und Ausbau des Wasserstoffkernnetzes ist dabei das Rückgrat der Energieversorgung in Mitteldeutschland. Das Wasserstoffkernnetz muss dafür im Laufe des Jahres 2028 im Land in Betrieb gehen, abschnittsweise auch eher, soweit möglich.

Das Netz ist nicht nur für die Chemieindustrie direkt eine nötige Infrastruktur, sondern auch die Basis der klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft in Sachsen-Anhalt. Eine aktuelle Studie prognostiziert bis 2045 das Potential für landesweit rund 27.000 zusätzliche Arbeitsplätze und zudem einen Zuwachs an Wertschöpfung von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr[3].

Forderung 3: Grundsteine legen für klimapositive und ökologische chemische Wertschöpfungskette

Von einer linearen fossilen Wertschöpfungskette muss es gelingen, eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft auf Basis der Erneuerbaren Energien aufzubauen. Dafür sind mehrere Prozessschritte notwendig. Die Elektrifizierung der Prozesswärme kann nur mit dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und des dazugehörigen Netzes gelingen. Wasserstoff wird als ergänzender Energieträger für besonders energieintensive Unternehmen dienlich. Weil der Material- und Energieeinsatz zu 80% auf Erdgas und Erdöl basiert und die organische Chemie Kohlenstoff als Quelle nutzt, bedarf es einer erheblichen Steigerung der Recyclingleistung[4]. Über eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft wird der Primärrohstoffbedarf reduziert. Als Kohlenstoffquelle sollen, verstärkt erneuerbare Quellen aus einer klimaintelligenten Wald- und Agrarwirtschaft sowie durch die Nutzung biogener CO2-Ströme dienen[5]. Die Anwendung einer datenbasierten Chemie (KI) beschleunigt diese Prozesse und kann effizient zur Automatisierung und Standardisierung führen.

Durch den Aufbau einer sektorübergreifenden Kreislaufwirtschaft in der chemischen Industrie werden weitere Sektoren gefördert und die Instrumente der Energiewende verzahnt. Die Verwertungs- und Recyclingketten der Stoffkreisläufe müssen dafür gestärkt und mit Verpflichtungen und Zertifizierungen versehen werden.

[3] https://mwu.sachsen-anhalt.de/artikel-detail/sachsen-anhalt-wird-noch-besser-an-das-deutsche-wasserstoffkernnetz-angebunden, abgerufen 27.03.25

[4] https://www.agora-industrie.de/fileadmin/Projekte/2022/2022-02_IND_Climat Positive_Chemistry_DE/CPC_workshop_slides_PMu_RH_PMu.pdf, abgerufen am 29.01.25

[5] https://www.forum-rathenau.de/wp-content/uploads/2025/03/basisstudie_kohlenstoffwirtschaft_forum_rathenau.pdf, abgerufen am 20.03.25

Abb. 2: Visualisierung der Industriesymbiose durch die Förderung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft (Quelle: https://www.agora-industrie.de/fileadmin/Projekte/2022/2022-02IND_Climate_Positive_Chemistry_DE/CPC_workshop_slides_PMu_RH_PMu.pdf)

Forderung 4: verlässliche Unterstützung

Die Chemische Industrie arbeitet mit kapitalintensiven Anlagen und komplizierten Prozessen. Diese müssen technisch, und damit sie wettbewerbsfähig sind, dauerhaft und hoch ausgelastet werden. Für Investitionen und Betrieb braucht es hier verlässliche Unterstützung. Investitionen zur Dekarbonisierung der gesamten Prozessketten müssen unterstützt werden. Mit Hilfe verbindlicher gesetzlicher Vorgaben kann Planungssicherheit für die Investoren garantiert werden.

Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) werden von Bund und Land hälftig aufgebracht und sind vom Volumen das mit Abstand stärkste Förderinstrument im Land. Am 13. Dezember 2022 haben der Bund durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und die Länder die bisher größte GRW-Reform beschlossen. Damit soll der erforderlichen Transformation hin zu Klimaneutralität und den wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiekrise Rechnung getragen werden. Die zielgerichtete Umsetzung im Land in entsprechende Fördervorhaben bei zugehörigen Investitionen im chemischen Bereich und zur Förderung bei Eigenerzeugung erneuerbarer Energien bei GRW-Förderungen liegt auf der Hand und wartet auf Umsetzung durch die Landesregierung.

Auch das für unser Sachsen-Anhalt das besonders wichtige GRW-Sonderprogramm zur Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und somit auch Leuna sollte fortgeführt und entschlossener genutzt werden. Die durch die

Förderung ermöglichte Erweiterung des Chemieparks Leuna ist wegweisend für die dritte Phase – die biobasierte Chemie.

Die Ausreichung aller Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ soll künftig nicht nur Investitionen und Beschäftigung in strukturschwachen Regionen sichern, sondern zugleich zur CO_2-Reduktion und zum Klimaschutz beitragen.

Das vom BMWK eingeführte und von der EU genehmigte Instrument der Klimaschutzverträge soll fortgeführt und aufgestockt werden, um der heimischen Industrie dabei zu helfen, CO_2-Emissionen in ihren Produktionsprozessen durch Technologien wie Elektrifizierung, Wasserstoff, Kohlenstoffabscheidung und -nutzung (CCU) sowie Energieeffizienzmaßnahmen zu verringern. Zielvorgaben, dass Förderprojekte ihre CO_2-Emissionen innerhalb von drei Jahren um 60 Prozent und bis zum Projektende um 90 Prozent senke müssen, dürfen nicht aufgeweicht werden.

Das Land Sachsen-Anhalt muss seine Startup-Förderung im Bereich der Grünen Chemie aufstocken und Cluster solcher Unternehmensgründungen anstreben, um diesen Schwerpunkt auch perspektivisch zu stärken. Mit den vorhandenen und sich etablierenden Forschungseinrichtungen vergrößert sich das regionale Potential aber auch für andere Gründungen im Bereich Nachhaltiger Chemie muss das Chemiedreieck der „place to be“ werden.

Forderung 5: Verwaltungsoptimierung

Durch die systemdienliche Elektrifizierung, Abfallrecycling und die stoffliche Nutzung von klimafreundlichen Kohlenstoffquellen kann die Klimaneutralität erreicht werden. Zudem bietet die Sektor-Kopplung den angesiedelten Unternehmen ökonomische Vorteile und der Einsatz regionaler Rohstoffe fördert die Wertschöpfung in der Region. Damit diese Prozesse großflächig umgesetzt werden, bedarf es neben finanziellen Investitionen, erhebliche Beschleunigungen in Planung- und Genehmigungsprozessen.

Investitions- und Genehmigungsverfahren im Bereich der Chemischen Industrie sind zu Recht sensibel und komplex. Eine zentralisierte und durch die Zusammenziehung fachlich kompetent Bearbeitung dieser Verfahren mit klaren Fristen und übersichtlichen Zeithorizonten ist aber nötig. Die digitale Beantragung, Bürger*innenbeteiligung, Bearbeitung und Bescheidung ist dabei umzusetzen.

Zur unmittelbaren Verwaltungsoptimierung schlagen wir vor die erfolgreichen Praxis-Checks des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz auch auf Landesebene umzusetzen, damit der Bürokratieabbau konkret wird. Dieses Verfahren nimmt in Workshops mit Expertinnen und Experten aus der Praxis, zum Beispiel mit

betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern sowie den Akteurinnen in den Behörden ein konkretes Verfahren auseinander. Das heißt: aus Sicht der Anwenderinnen und Anwendern, nicht von den Paragrafen, wird der Prozess aufgerollt und geprüft was entfallen könnte.

Forderung 6: Verantwortungsvolle Chemie

Die Chemieindustrie ist essenziell in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Produktion und ihre Prozesse sind Risikotechnologien. Es bestehen erhebliche Gefahren sowie Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen. Die Regulierung und Überwachung trägt nicht nur zum Schutz und der Akzeptanz vor Ort bei, sondern ist auch ein Beitrag zu den Produkteigenschaften. Die Unternehmen der Branche sollten aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu Umweltauswirkungen, krebserregenden Stoffen und der Wirkungsweise von Ewigkeits-Chemikalien sowie nötiger Regulierung als Qualitätsmerkmal nutzen.

Rest- und Problemstoffe müssen in die Kreislaufwirtschaft kommen. Dafür müssen innovative Technologien entwickelt werden und strenge Umweltauflagen bestehen und durchgesetzt werden, um die Umweltauswirkungen der Chemieindustrie weiter zu minimieren und Risiken zu minimieren.

Ausblick

„Das Land, das als erstes die Klima- und Ressourcenneutralität erreicht, [hat] seine wirtschaftliche Basis auf den Weltmärkten für Jahrzehnte gesichert."[6]
Während marktwirtschaftliche Prozesse unabänderlich auch Verdrängungsprozesse sind, zielt die politische Begleitung der Transformation nicht auf den abrupten Abriss derzeitiger Geschäftsmodelle, sondern Unterstützung und Beschleunigung der Umgestaltung, um die bereits stattfindende Umwälzung der Märkte zu adressieren und eine klimaverträgliche Chemieindustrie zu gestalten. Wer die Transformation nicht angeht, der geht perspektivisch.

Die Chemiebranche im Mitteldeutschen Revier ist dabei sich hinsichtlich Energieversorgung und stofflicher Grundstoffe grundlegend umzugestalten, weg von fossilen Rohstoffen hin zu neuen Grundstoffen sowie zu und einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Die Veränderungen sind weniger Umbrüche, sondern Aufbrüche zu neuen Geschäftsfeldern nach dem fossilen Zeitalter.

Eine entschlossene und aktive Begleitung sowie Unterstützung sind dabei nötig. Die Landesregierung muss aktiv daran teilhaben, dass aus der Transformation zu Grüner Chemie und dem Kohleausstieg mit dem notwendigen Strukturwandel ein Erfolgsmodell ohne Strukturabbrüche wird.

Da eine verlässliche, günstige und nachhaltige Energieversorgung unerlässlich für unsere Chemieindustrie ist, brauchen wir den beschleunigten Ausbau der günstigen und sauberen Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörige Netzausbau. Das sind zentrale Standortfaktoren. Sachsen-Anhalt kann derzeit mit diesem Standortvorteil punkten. Diesen Vorteil gilt es nun zu sichern und auszubauen.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Landtag von Sachsen-Anhalt

[6] Professor J. Südekum: https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-05/jens-suedekum-klimakrise-klimapolitik-schulden-oekonomie-nachhaltigkeit-transformation-wirtschaft, abgerufen am 17.04.25